

Vorlage für die Sitzung des Senats am 10.05.2022

„Abschätzung der wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Ukraine für das Land Bremen“

Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)

A. Problem

Die Fraktion der FDP hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit hat der Senat erste Erkenntnisse über das derzeitige wirtschaftliche Ausmaß des Ukraine-Kriegs für das Land Bremen und die ansässigen Unternehmen?
2. Inwieweit sind dem Senat erste Störungen in den Lieferketten sowie erste wirtschaftliche Betroffenheit einzelner Unternehmen beziehungsweise Branchen in Bremen bekannt, die den Russland-Sanktionen zuzuschreiben sind?
3. Wie schätzt der Senat die aktuellen und noch zu erwartenden wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Konfliktes kurz-, mittel-, aber auch langfristig auf den Wirtschaftsstandort und Arbeitsmarkt im Land Bremen ein?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Der russische Angriff auf die Ukraine und die in der Folge verhängten weitreichenden Sanktionen der Europäischen Union und weiterer Länder haben zu erheblicher ökonomischer Unsicherheit, gestörten Handels- und Lieferprozessen sowie signifikanten Preisanstiegen bei Energie-, Rohstoff- und Materialpreisen geführt. Dies betrifft auch die im Land Bremen ansässigen Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher, wodurch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes in signifikanter Weise beeinträchtigt wird. Eine konkrete Bezifferung dieses Effekts ist allerdings derzeit mangels aktueller Konjunktur- und Handelsdaten noch nicht möglich. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Auswirkungen des Ukraine-Konflikts

in hohem Maße vom weiteren Verlauf und der Dauer des Krieges, den Preisentwicklungen bei Energie und Rohstoffen sowie der weiteren Entwicklung der Sanktionen abhängen. Dies erschwert eine belastbare Abschätzung des Ausmaßes der Folgewirkungen des Krieges für die Wirtschaft im Land Bremen zusätzlich.

Zu Frage 2:

Lieferengpässe und steigende Preise für Energie und Rohstoffe betreffen etliche Branchen im Land Bremen, insbesondere solche, die energieintensiv produzieren oder russlandbezogene Rohstoffe und Vorleistungen verarbeiten. Darunter fallen in Bremen insbesondere die Energieerzeugung, die Stahlproduktion sowie die Lebensmittelbranche. So wird z.B. ein Großteil der Fischfrostware für die Weiterverarbeitung in Bremerhaven über Russland bezogen. Hier sind erhebliche Rohwarenpreissteigerungen zu erwarten bzw. bereits eingetreten, die vermutlich nur teilweise an die Kunden weitergegeben werden können. Die Bauwirtschaft ist ebenfalls stark von steigenden Baustoffpreisen und Lieferproblemen betroffen, weshalb die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa bereits am 29. März 2022 die Vereinbarung von Stoffpreisklauseln bei öffentlichen Bauaufträgen ermöglicht hat. Auf diese Weise tragen nicht allein die Bauunternehmen die steigenden Materialkosten. Des Weiteren ist auch der Häfen- und Logistikbereich betroffen, da einerseits das Handelsgeschäft mit Russland deutlich reduziert oder ganz eingestellt wurde, andererseits die gestiegenen Preise für Kraftstoffe, insbesondere Diesel, die Transportkosten stark anwachsen lassen und für Liquiditätsprobleme sorgen können. Die Luft- und Raumfahrtbranche ist wiederum von Lieferproblemen von Rohstoffen aus Russland, insbesondere bei Titan, zumindest perspektivisch betroffen.

Zu Frage 3:

Wie bereits schon zu Frage 1 erläutert, sind die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Wirtschaft im Land Bremen aufgrund der dynamischen Entwicklung des Konflikts und der damit verbundenen hohen Unsicherheit derzeit noch nicht präzise abzusehen. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass die mit dem Krieg einhergehenden ökonomischen Verwerfungen auch in Bremen und Bremerhaven mittel- bis langfristig Spuren hinterlassen werden. Dies betrifft nicht nur Unternehmen, sondern aufgrund der zuletzt rasant steigenden Inflation ebenfalls die Konsumentinnen und Konsumenten. Insbesondere Haushalte mit niedrigem Einkommen werden stark von den massiv gestiegenen Preisen für Energie, aber auch für Lebensmittel, belastet. Wie genau all diese Folgen ausfallen, wird aber nicht nur vom weiteren Verlauf des Konflikts, sondern auch von den zum Teil schon beschlossenen bzw. geplanten Maßnahmen des Bundes zur Unterstützung besonders betroffener Unternehmen sowie den Entlastungen im Energiebereich für Verbraucherinnen und Verbraucher maßgeblich beeinflusst werden. Hier bleibt abzuwarten, inwieweit diese Maßnahmen die gewünschten Effekte erzielen. Dies wird dann auch in erheblichem Maße etwaige Beschäftigungseffekte im Land Bremen bestimmen.

C. Alternativen

Keine Alternativen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die Beantwortung der Frage hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Genderspezifische Auswirkungen sind derzeit nicht erkennbar.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Senatsvorlage ist mit dem Magistrat Bremerhaven abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Senatsvorlage kann nach Beschlussfassung über das zentrale elektronische Informationsregister veröffentlicht werden.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa vom 02.05.2022 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.